

Liebe Leserinnen und Leser

Als wäre der Sommer an überbordenden Hitzerekorden und verheerenden Waldbränden nicht schon reich genug, übt sich auch die Schweizerische Volkspartei (SVP) noch kräftig im Zeuseln: Um die stotternde Wahlkampfmaschinerie steter Wahlerfolg macht

inhalt:

Seite 3: brennpunkt Seite 7: blick nach rechts

Seite 8: versand

Seite 10: blick nach rechts Seite 12: buch & musik

Seite 14: farc

Seite 16: soliabo

träge und bequem doch noch in Gang zu bringen, setzen Blocher und sein rechtskonservatives Lager einmal mehr auf eines ihrer politischen Kerngeschäfte, die Asyl- und Einbürgerungspolitik. Die SVP-Wahlkampfstrateginnen und -strategen schrecken nicht davor zurück, sich primitivster und rassistischer Slogans und Ausdrücke zu bedienen. Wahlkampf à la SVP 2003: «Wir Schweizer sind immer mehr die Neger», «Milliarden für Asyltouristen». Oder: «Kriminelle verhätscheln».

Solch rechtspopulistische Agitation, die einmal mehr Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schürt, wollen wir nicht unbeantwortet lassen. Bald ist Wahlherbst Hochsaison für phantasievolle Aktionen und Protestformen gegen SVP & Co: Wahlplakate lassen sich beispielsweise leicht verändern. Und kein SVP-Wahlkandidat, keine SVP-Wahlkandidatin spricht gerne vor einem Publikum, das auch nach der zehnten Aufforderung nicht aufhören will, tosenden Beifall zu zollen...

Es gibt viel zu tun, packen wirs an! Antifa Bern

Impressum: Redaktion & Layout: Antifa Bern Auflage: 5000 Exemplare; «lautstark!» erscheint

dreimal jährlich

Anschrift: Antifa Bern, Postfach 7611, 3001 Bern

Website: www.antifa.ch eMail: bugere@gmx.ch Spenden an die Antifa Bern unter PC-Konto: Internationale Solidarität: 84-472259-7 mit Vermerk «Antifa Bern»

FOLGEN DES 11.SEPTEMBERS AUF DIE GRUNDRECHTE

Die Folgen der aggressiven Aussenpolitik der Vereinigten Staaten nach den Anschlägen des elften Septembers 2001 sind weitläufig bekannt. Dieses Ereignis hatte auch starke Auswirkungen auf die Innenpolitik nicht nur in den USA. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden Grundrechte aufgehoben und der Überwachungsstaat forciert. Viele Pläne zum Ausbau der Schnüffelstaaten lagen jedoch schon vor den Anschlägen in den Schubladen der Mächtigen dieser Welt. Kaum einer der Vorschläge hat einen konkreten Bezug zu den Anschlägen außer jenem, dass sie ohne die zurzeit bei Teilen der Bevölkerung vorherrschende Angst kaum durchsetzungsfähig wären.

Überwachung

In den Vereinigten Staaten wurde dazu ein Gesetz am 26. Oktober 2001 erlassen dass der Bevölkerung als «Patriot Act» verkauft wird. Dieses Gesetz schafft den Datenschutz ab. Das FBI kann ohne Formalitäten jeden Überwachen, den sie des Terrorismus verdächtigen. Was immer das auch heisst! Weiter müssen Bibliotheken dem FBI Listen der ausgeliehenen Bücher von Verdächtigen überreichen. Die Agenten können auch «Geschäftsbelege» verlangen, wie Abo-Listen von Zeitungen. Rechnungen von Buchläden und sogar die Notizen und Fotografien von JournalistInnen. Weiter verlangten die BeamtInnen sämtliche Adressen von FlugschülerInnen und TaucherkursbesucherInnen in den USA. In Stadtteilen in denen angeblich TerroristInnen wohnen, können alle öffentlichen Telefonkabinen abgehört werden. Mit dem Abhörsystem «Echelon» belauschen die USA zusammen mit den Briten, Kanadier, Australier und Neuseeländer alle E-Mail, Telefon und Faxverbindungen der Erde.

In der Schweiz

Auch in der Schweiz wird immer mehr mitgelauscht und gelesen. So müssen alle Provider die Daten von E-Mails und

b

rennpunkt

brennpunk

Login-Zeiten sämtlicher Internetuser speichern. Die Schweiz verfügt ebenfalls über ein mit Echelon vergleichbares System. Hierzulande trägt das

System den Titel «Onyx» (Nachfolger von Telefone werden immer häufiger abgehört. Letztes Jahr wurde in der Schweiz bei mehr als 6000 Anschlüssen «mitgelogt». Bei der Hälfte wurde das Gespräch in Echtzeit aufgezeichnet. Für die Technische Aufrüstung stehen dem Dienst für besondere Aufgaben 12 Million Franken zur Verfügung. Im nächsten Sommermüssen alle Pre Paid-Mobiltelefone registriert werden. Der ganze Spass kostet viel Geld und bezahlen müssen es am Schluss die Registrierten. In der Schweiz müssen die Anbieter von Telekom-Dienstleistungen gemäss dem am 1. Januar 2002 in Kraft gesetzten «Bundesgesetz zur Überwachung des Post-und Fernmeldeldeverkehrs» fortan alle «Verkehrsdaten» der Telekommunikationvorsorglich aufzeichnen und während sechs Monaten speichern (Art. 15 BÜPF). Festgehalten wird, «wann und mit welchen Personen oder Anschlüssen die überwachte Person über den Post- oder Fernmeldeverkehr Verbindungen hat (Teilnehmeridentifikation)» sowie die «Verkehrsund Rechnungsdaten» (Art. 5 BÜPF), bei Mobiltelefonen auch die geografischen Standortdaten (Art. 16 VÜPF). Die Verkehrsdaten der Telekommunikation betreffen sämtliche Telefon-, Fax-, E-Mail- und Internetverbindungen». Die Bundespolizei darf ohne richterlichen Beschluss keine Telefone abhören, was den für das Ausland zuständige militärische strategische Nachrichtendienst hingegen erlaubt ist. Dank einer Gesetzesänderung darf heute der SND dem Dienst für Analyse und Prävention, wie der Staatsschutz offiziell heisst, jedoch «zufällig» gefundene Daten mitteilen.

Araber

In den meisten Ländern sind die MigrantInnen die am schlimmsten betroffenen von diesen Gesetzen, insbesondere Einwanderer aus dem Mittleren Osten. Für viele von ihnen wurde sowohl die Garantie, dass niemand ohne Grund eingesperrt werden darf, abgeschafft, als auch die Rechte von Inhaftierten auf einen Anwalt und ein

Gerichtsverfahren. In den USA wurden fast 1200
Personen verhaftet, in den meisten Fällen konnten sie keinen Anwalt sprechen oder Kontakt zu ihren Familien aufnehmen. In Deutschland sind die AusländerInnen die ersten die ihre biometrischen Daten in den Ausweisen anzugeben haben. Diverse deutsche Universitäten gaben pauschal die Daten von islamischen StudentInnen an die Behörden weiter. Am Flughafen Zürich wurde ein Gesicht-Erkennungssystem eingeführt, dass alle 22 Millionen Passagiere kontrolliert, mit diesem wollen sie 200 Flüchtlinge erkennen, die nicht einreisen dürfen.

Wem nützt dies

Es ist unwahrscheinlich, dass sich dadurch Terroranschläge verhindern lassen. Bin Ladens Anhänger hätten kaum die «Twin Towers» stehen lassen nur weil sie in der Schweiz ihr Mobiltelefon hätten registrieren müssen. Die Überwachung hilft den Mächtigen in dreierlei Hinsichten. Erstens wird mit Hilfe von Repression der verängstigten Bevölkerung die Stärke des Staates demonstriert und Sicherheit vorgegaukelt, was der Machterhaltung dient. Zweitens können Kritiker des Systems eruiert und kriminalisiert werden und schliesslich werden Überwachungssysteme längst auch bei der Wirtschaftsspionage eingesetzt.

Was kannst Du tun

Wer zum Beispiel weiterhin «ungestört» Informationen per e-mail austauschen will und den noch so «genialen» Abhörsystemen zusätzlich noch einen Strich durch die Rechnung machen möchte kann dies mit einfachsten Mitteln tun. Die Verwendung des frei erhältlichen Verschlüsselungsprogramms, pgp (Pretty Good Privacy), verunmöglicht das «Mitlesen» nahezu perfekt. Auch das «anonyme Surfen» im Internet kann mit Hilfe von einigen Programmen leicht bewerkstelligt werden.

Der 11. September 1973

Rütli Sie kamen, sangen und siegten?

Salvador Allende ermordet und General Augusto Pinochet mit Hilfe der CIA und US-Multis (u.a. Fruit Company, ITT) an die Macht geputscht. Der Marxist Allende hatte seit dem Amtsantritt 1970 mit seinem Engagement gegen die soziale Ungerechtigkeit das Vertrauen der chilenischen Bevölkerung gewonnen. Für die USA aber war die Machtübernahme linksgerichteten Regierungen in der westlichen Hemisphäre eine Verletzung der so genannten Monroe-Doktrin und wurde als Gefährdung der nationalen Sicherheit betrachtet insbesondere, wenn Regierungen Kontakte zu Kuba und der Sowjetunion pflegten. Die USA versuchten mit allen Mitteln die sozialistische Regierung in Chile zu destabilisieren und stellten mit Ausnahme der Militärhilfe an die GegnerInnen jegliche Unterstützung ein. Mehr oder weniger heimlich unterstützten die USA oppositionelle Gruppen massiv mit Geld, starteten Hetzkampagnen und bildeten Paramilitärs aus.

Vor 30 Jahren wurde in Chile der demokratisch gewählte Präsident

Nach dem Sturz Allendes wurde die Verfassung umgehend aufgehoben, und eine Militärregierung unter der Leitung von Augusto Pinochet eingesetzt. Es folgte eine 17 Jahre dauernde faschistische Diktatur, in der jeder Widerstand brutal unterdrückt wurde. Konzentrationslager wurden errichtet, schätzungsweise 200'000 Menschen gefoltert, Tausende wurden ermordet oder sind einfach «verschwunden». Doch die USA hatten ihr Ziel erreicht und begannen, Pinochets Regierung intensiv mit Wirtschaftshilfe zu unterstützen. Auch internationale Organisationen waren wieder bereit, Chile Kredite zu gewähren.

Militärisch gesehen war die sozialistische Regierung Chiles für die Position des Westens im kalten Krieg kein Problem, da sie von den Sowjets nicht unterstützt wurde. Bedeutender war der ideologische Krieg der Amerikaner gegen alles, was nach Sozialismus roch. A b e r am wichtigsten war für den Westen das Geld, das er in Chile mit einem gerechten System nicht mehr verdienen konnte.

Der «Kühnengruss», welcher bis vor kurzem noch für Schlagzeilen sorgte, hat sich etabliert. Die Präsenz von Neonazis auf der Rütli-Wiese anlässlich der 1. August-Feierlichkeiten scheint normal geworden zu sein. Dieses Jahr liess einzig die nochmals gestiegene Anzahl neonationaler TeilnehmerInnen die Bevölkerung aufhorchen. Denn rund ein Drittel der rund 1500 Rütli-BesucherInnen waren der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Zuerst konnten die Neonazis beinahe unbehelligt durch Brunnen marschieren, und auch während der «Feierlichkeiten» auf dem Rütli wurde ihnen nichts entgegen gesetzt. Sie markierten ungestört Präsenz und ernteten für «die gelungene Darbietung» der alten Nationalhymne «Heil dir, Helvetia», sogar Applaus von anderen BesucherInnen Zudern bezeichnete sie ein inoffizieller Festredner als die «wahren Patrioten».

Der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung scheint sich am «gepflegten und geordneten Auftreten» der Rechtsextremen nicht zu stören. Die ideologischen Hintergründe der «wahren Patrioten» gehen vergessen oder werden bewusst ausgeblendet. Solange sie nicht durch Gewalt auffallen, scheinen sie für «die Demokratie keine Gefahr darzustellen».

Auf «indymedia.ch» wurde dieses Jahr erstmals öffentlich über die Durchführung einer Gegenaktion «nachgedacht». Das Einzige, was dabei herausgekommen ist: «Die rot/schwarzen ChaotInnen» rufen zur Gewalt auf, die Polizeipräsenz rund ums Rütli wurde verstärkt und «die doch so friedlichen braunen Eidgenossen» werden im von ihnen gewollten Bild gezeigt.

Leider muss der diesjährige 1. August als «Erfolg» für die Neonazi-Szene betrachtet werden. Wenn auch die antifaschistische Bewegung noch keinen ernsthaften Versuch unternommen hat, anlässlich des «Nationalfeiertages» eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen - und damit den FaschistInnen den 1. August

kampflos überlassen hat - dieses Bild kann in Zukunft korrigiert werden. •

Fahnen, T-Shirts & Feuerzeuge



Feuerzeug:

Einweg Gasfeuerzeug blau, transparent Druck:

www.antifa.ch und der funke springt über

Preis: 2.- CHF

Fahne:

Masse: 120 x 100 cm

Stoff: rot

Druck: Logo schwarz (beidseitig)

Preis: 25.- CHF

Alle Preise inkl. Porto und Versand!
Bestellungen bitte Einsenden an:
Antifa Bern, Postfach 7611,3001 Bern.
Bezahlung: Nur Vorkasse! Bitte genauen Betrag mit der Bestellung (bar) mitschicken!
Lieferung: Per Post, kann 14 Tagen dauern.
wenn ewas nicht klappt bitte ein e-mail an:
bugere@gmx.ch
(keine Bestellungen per mail möglich)



Auf der Vorderseite befindet sich das Logo und auf der Rückseite der Spruch "vivre libre ou mourir"

> Farben: Schwarz (Druck weiss)

Rot (Druck weiss) Grössen:

S, M, und L Preis: 20.- CHF

lick nach rechts

blick nach recht

Wider das Phänomen Wunsiedel!

PNOS. Bernhard Schaub und das Emmental

In Walkringen trafen sich am 9. August einige Mitglieder der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), um ihren jährlichen Parteitag abzuhalten. Nach Angaben der PNOS nahmen rund fünfzig Personen teil. Die Anreise jedoch, die war beschwerlich.

Für die Treffen der PNOS wird auf der Homepage der genaue Veranstaltungsort nicht bekannt gegeben. Es wird jeweils eine Telefonnummer genannt, unter welcher genauere Informationen (jedoch nicht für «Journalisten und Linke») erst kurz vor dem Treffen erhältlich sind. All die Vorsichtsmassnahmen und Geheimniskrämerei haben der PNOS dieses Mal aber herzlich wenig genützt. Der Treffpunkt in der Emmentaler Gemeinde Hasle-Rüegsau konnte eruiert und eine grössere Anzahl AntifaschistInnen mobilisiert werden, es kam zu einer Begegnung der besonderen Art. Der Coup gelang: Am Bahnhof in Hasle-Rüegsau trafen die mit dem Zug angereisten AntifaschistInnen wie geplant auf eine kleine Gruppe PNOSler. Diese wurden kurzerhand vom Parkplatz vertrieben. Allein das lautstarke Erscheinen reichte, um alle anwesenden Neonazis in die Flucht zu schlagen. Einzig der Holocaust-Leugner und PNOS-Vordenker Bernhard Schaub versuchte noch, in sein Auto zu gelangen. Doch auch er entschied sich kurze Zeit später für die entgegen gesetzte Richtung. Sein «Heldenmut» wurde dann auch prompt bestraft: Die in seinem Auto gefundenen Gegenstände werden wohl noch einige Erklärungen bei seine KameradInnen aus der Neonazi- und Revisionisten-Szene nötig machen...

Diese direkte antifaschistische Aktion hat der PNOS und vor allem Schaub einen schweren Schlag versetzt. Die Anreise zum Parteitag konnte erfolgreich erschwert und für viele wohl sogar verunmöglicht

werden. Wie dem auch sei: Die in den am Bahnhof Hasle-Rüegsau parkierten Autos vorgefundenen Gegenstände stellen eine Hypothek für die Zukunft der PNOS dar. Hat doch die rechtsextreme 10 Szene viele wohl gehütete Informationen preisgegeben... 3

Im süddeutschen Wunsiedel reihten sich am 16. August 2003 rund 2600 Alt- und Neonazis aus Europa, inklusive Schweizer Delegation, zum alliährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch ein. Die Nazi-Gruppen konnten ungestört defilieren; antifaschistischer Widerstand fand kaum oder nur handzahm statt.

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess wurde nach seinem Selbstmord am 17. August 1987 im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau in Nazi-Kreisen rasch zum Märtyrer erhoben und zur Kultfigur stilisiert. Wunsiedel, wo der Kriegsverbrecher begraben liegt, mutierte in der Folge zum Nazi-Wallfahrtsort.

Nach Jahren der Marsch-Verbote versammeln sich die RechtsextremistInnen seit 2001 mit wachsender TeilnehmerInnenzahl wieder in der fränkischen Kleinstadt. Nazi-Szenen aus vielen europäischen Ländern von den skandinavischen «Blood&Honour»-AktivistInnen über ParteigängeInnen der britischen National Front bis hin zu den italienischen «Veneto Fronte Skinheads» geben sich ein Stelldichein. Bezeugt ist, für 2002 und 2003, auch die Anwesenheit einer Delegation Schweizer Nazi-Skins und RechtsextremistInnen.

«Wunsiedel im August» gehört mittlerweile ohne Zweifel zu den ganz wichtigen Events in der Nazi-Agenda. Eine treffliche Einschätzung findet sich auch auf «www.de.indymedia.org»: «Der deutschen Nazi-Pest ist es gelungen, einem Nationalsozialismus-Heldenmythos Leben einzuhauchen, der nun auch ihre Gesinnungskameraden aus dem Ausland magisch anzieht.»

Und so werden Alt- und Neonazis, begleitet von Trauermusik und in klar getrennten und durch Fahnenträger gekennzeichneten Blöcken, auch 2004 unbehelligt durch Wunsiedels Strassen ziehen. Es sei denn, es gelinge linken und antifaschistischen Gruppen, den Naziaufmarsch mit einer kämpferischen Gegendemonstration zu verhindern oder zumindest wirkungsvoll zu stören. Getreu nach dem Motto: «Fünf Fuss Erde über Rudolf Hess».



usik

buc

h

Virginia Jetzt!: Wer hat Angst vor Virginia Jetzt!

«Die Strassen sind voll, voll von uns schweren Herzens und leichten Schritts»: Mit solch liebenswürdigem Textwerk setzt das Debütalbum von Virginia Jetzt! ein. Der Erstling der vier Wahlberliner vereinigt elf gepflegte und höchst charmante Gitarrenpop-Songs, die einem mal rockig geschrammelt, mal mit Hang zum Kuschelrock-Kitsch (barocke Streich-Arrangements inklusive) grosses Hörvergnügen bereiten. Zwar ist «Wer hat Angst vor Virginia Jetzt!» nicht ganz vor Untiefen und Seichtheiten gefeit. Vor allem in der zweiten Albumhälfte hat sich die eine oder andere Überflüssigkeit eingeschlichen. Trotzdem, es überwiegen die Perlen und Rosinen: «Von guten Eltern» (fulminante Singleauskoppelung), «Das Beste für Alle», «Fast wie Giganten» (schlicht famos), «Angekommen», «Mein Sein». Das Fazit der Fangemeinde zu lesen auf «Amazon.de» lässt keine Zweifel offen: «Diese Platte haben wir gebraucht.»

Across the boarder: Was bleibt? (1991 - 2002)

«Was bleibt?» ist das Abschiedsalbum der deutschen Band «Across the boarder», die sich 1991 in der Absicht formierte, die Musikstile Punk und Folk verschmelzen zu lassen. Die Doppel-CD enthält einen Querschnitt aus dem bisherigen Schaffen der Gruppe sowie einige neue Songs. Bei «Across the boarder» prägen Akkordeon, Geige und Flöte in Kombination mit verzerrten Gitarren das musikalische Gesamtbild. Irische Einflüsse sind unüberhörbar, zählen doch unter anderem «The Pogues» zu ihren musikalischen Vorbildern. Textlich weiss die Band durchaus zu überzeugen, die meisten Songs haben einen politischen oder sozialkritischen Anspruch.

Fazit: Das Album «Was bleibt» kann wärmstens empfohlen werden. Während die langsamen, melancholischen Stücke auf den Armen

Gänsehaut erzeugen bei den schnelleren, geradlinigeren Stücken wird automatisch das Tanzbein in wilde Zuckungen versetzt... Abwexlung ist garantiert! Als Anspieltipp empfehle ich den Überhit «I can't love this country» 3

Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher

Jean Ziegler zeigt in seinem Buch in leicht verständlicher Art und Weise wie der Erdball immer stärker zum Spielball einiger globalen Firmen wird. Im ersten Teil werden die Geschichte und die Konzepte der Globalisierung aufgezeigt. Mit eindrücklichen Argumenten und Zahlen widerlegt Jean Ziegler die gängigen Argumente der Globalisierungs-Befürworter. Er erklärt wirtschaftliche Lehren von Ricardo und Smith anhand einfacher Beispiele und stellt dar, dass diese «kapitalistischen Naturgesetze» unsinnig sind und nicht dem Allgemeinwohl, sondern nur der herrschenden Minderheit dienen können. Im zweiten Teil zeigt Ziegler auf, wer aus der Zerstörung der Natur Kapital schlägt und wer zu den Verlierern gehört. Ziegler beschreibt die Folgen für einen Staat, welcher die Korruption nicht konsequent unterbindet. Interessant an diesen Ausführungen ist, dass meist globale Firmen von korrupten Staaten profitieren und der Grad der Korruption umgekehrt proportional zum «Wohlstand» eines Landes ist.

Der dritte Teil handelt von «unrentablen Völker», gemeint sind die 49 ärmsten Länder. Kriterium für diese Kategorie ist, dass das Pro-Kopf-Einkommen 700 US Dollar jährlich nicht überschreitet. Diese 49 Länder machen 10 Prozent der Erdbevölkerung aus, generieren jedoch weniger als 1 Prozent des Welteinkommens. An diesem Punkt kommen die World Trade Organisation (WTO) und der internationale Währungsfond (IWF) zum Zuge. Aussagen der WTO oder der IWF wie «die Globalisierung hilft die Armut und den weltweiten Hunger zu verringern» werden als heuchlerische Aussagen entlarvt. Im letzten Teil des Buches werden verschiedene Möglichkeiten und Hoffnungen aufgezeigt, wie gegen diese stetig fortschreitenden Ungerechtigkeiten vorgegangen werden kann oder könnte. Der vierte und letzte Teil endet mit dem Zitat von José Marti:

«Es la hora de los hornos Y solo hay que ver la luz» (Es ist die Stunde der Brände wir müssen nur aufschauen zu ihrem Licht). ©

f

arc

far |

C

Kolumbien und die FARC

Kolumbien ist der weltweit grösste Exporteur von Qualitätskaffee und Smaragden, einer der wichtigsten Blumen- und Bananenexporteure und es zählt zu den wichtigsten Kohle- und Goldproduzenten. Zudem verfügt Kolumbien über grosse Mengen an Erdöl. Von den gigantischen Exporteinnahmen profitiert allerdings nur eine kleine Oberschicht des Landes sowie die dort ansässigen transnationalen Unternehmen. Der Grossteil der kolumbianischen Bevölkerung dagegen lebt in tiefster Armut (Laut Gewerkschaftsangaben von 1999 leben 55 % der Bevölkerung (= 40 Mio.) in Armut, 20 % in absolutem Elend, eine Million Familien hat kein Dach über dem Kopf, die Arbeitslosenrate liegt bei 20 %. Gleichzeitig befinden sich 90 % der kolumbianischen Aktienanteile in den Händen von weniger als 0,9 % der Aktionäre).

Diese gewaltigen sozialen Gegensätze sind verantwortlich dafür, dass Kolumbien im 20. Jahrhundert von einer Welle politischer Gewalt überzogen wurde, die bis heute unvermindert anhält und immer weiter eskaliert. Seit Jahrzehnten tobt ein brutaler Bürgerkrieg. Der Reichtum des Landes ist in den Händen einer kleinen Machtelite konzentriert, die ihre Privilegien gewaltsam verteidigt. Als Antwort auf diese Situation entstanden in den 1960ern die Guerillabewegungen. Akteure in diesem Krieg sind auf der einen Seite die kolumbianische Armee und die rechtsextremen Paramilitärs, auf der anderen Seite die linksgerichteten Guerillagruppierungen FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und die ELN (Nationales Befreiungsheer). An dieser Stelle soll nun die FARC vorgestellt werden:

Die FARC

Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) sind die grösste und älteste Guerillagruppierung auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Die FARC hat ihre Wurzeln in verschiedenen Bauernselbstverteidigungsorganisationen, die

versuchten, eine Art lokaler Selbstverwaltung aufzubauen unabhängig von der kolumbianischen Regierung. Nachdem 16'000 kolumbianische Soldaten unter Anleitung von

US-Beratern gegen 42 (!!!) bewaffnete Bauern des Dorfes Marquetalia vorgingen und die autonome Gemeinde zerstörten, schlossen sich mehrere Bauernselbstverteidigungsorganisationen 1966 zur FARC zusammen. Die FARC orientierte sich an der Sowjetunion und verstand sich als bewaffneter Arm der kommunistischen Partei. Sie verfolgte lange Zeit eine eher defensive Strategie, dehnte ihren Einfluss aber allmählich aus. Unter verschiedenen Regierungen kam es zu Waffenstillstandsverhandlungen. Unter dem Präsidenten Pastrana (1998-2002) wurde der FARC eine entmilitarisierte Zone in der Grösse der Schweiz zugestanden. Aber der Friedensprozess geriet ins Stocken und die entmilitarisierte Zone wurde von der Armee zurückerobert.

Die Forderungen der FARC sind alles andere als revolutionär, sie gleichen vielmehr einem linken lateinamerikanischen Sozialdemokratismus. Die radikalste Forderung der FARC läuft auf eine Regelung hinaus, «wonach 50 % des Staatshaushaltes für Sozialausgaben und weitere 10 % für die Förderung der Wissenschaft verwendet werden». Weiter fordert die FARC unter anderem eine nicht-militärische Lösung des Drogenproblems, die Schaffung eines progressiven Steuersystems sowie die Einrichtung von ländlichen Entwicklungs- und Förderprogrammen. Die FARC kämpft laut eigenen Angaben nicht für die Errichtung eines sozialistischen Systems. 1999 meinte der FARC-Sprecher Juan Rojas in einem Interview: «[...] wir kämpfen im Moment auch nicht für die Errichtung eines Sozialismus. Wir wollen ein demokratisches System, das die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung berücksichtigt, und in dem wir dann legal für den Sozialismus arbeiten können.»

Die FARC sieht sich als Avantgarde und legitimierte Sprecherin des Volkes. Sie ist eine auf dem Land sozial verankerte Gruppierung, die in der Bauernbevölkerung gewisse Sympathien geniesst. Sie zählt ca. 15'000 bewaffnete Kämpferlnnen. Die FARC finanziert sich zu 50-

70 % aus der Besteuerung von Drogenanbau, -produktion und -vertrieb. Die restlichen Einnahmen erwirtschaftet die FARC durch Erpressungen und Entführungen.

15